

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 14. Mai 1986
am Donnerstag, dem 15. Mai 1986

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Berger (CDU/CSU)	109	Dr. Kübler (SPD)	52, 53
Bernrath (SPD)	15, 16	Kuhlwein (SPD)	28, 29
Berschkeit (SPD)	17, 18	Lennartz (SPD)	86, 87
Frau Borgmann (DIE GRÜNEN)	8, 112	Mann (DIE GRÜNEN)	59, 60
Bueb (DIE GRÜNEN)	10, 11	Frau Matthäus-Maier (SPD)	83, 84
Frau Dann (DIE GRÜNEN)	12, 56	Dr. Mertens (Bottrop) (SPD)	88
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	68	Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	66
Frau Eid (DIE GRÜNEN)	9, 55	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	5, 115
Engelsberger (CDU/CSU)	40, 106	Frau Odendahl (SPD)	1, 2
Gansel (SPD)	90, 91	Paterna (SPD)	19, 20
von Hammerstein (CDU/CSU)	100, 101	Pauli (SPD)	122, 123
Hansen (Hamburg) (SPD)	25, 54	Pfuhl (SPD)	38
Hinsken (CDU/CSU)	3, 30	Poß (SPD)	78, 79
Huonker (SPD)	72, 73	Rapp (Göppingen) (SPD)	81, 82
Dr. Hupka (CDU/CSU)	35, 36	Reimann (SPD)	6, 7
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	104, 105	Reschke (SPD)	94, 95
Kastning (SPD)	27, 113	Dr. Rose (CDU/CSU)	33
Kirschner (SPD)	26, 124	Rusche (DIE GRÜNEN)	4, 39
Dr. Klejdzinski (SPD)	118, 119	Schäfer (Offenburg) (SPD)	23, 24
Klose (SPD)	69	Dr. Schierholz (DIE GRÜNEN)	67
Kolbow (SPD)	37	Schlatter (SPD)	76, 77
Kretkowski (SPD)	13, 14	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	107, 108

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schreiner (SPD)	42, 98	Verheugen (SPD)	96, 97
Schulte (Menden) (DIE GRÜNEN)	44, 45	Vogel (München) (DIE GRÜNEN)	34, 43
Senfft (DIE GRÜNEN).	57, 58	Vosen (SPD)	21, 22
Dr. Sperling (SPD).	64, 65	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	89, 99
Dr. Spöri (SPD)	70, 71	Westphal (SPD)	85
Stahl (Kempen) (SPD).	50, 51	Frau Weyel (SPD)	102, 103
Stiegler (SPD)	41, 63	Dr. Wieczorek (SPD)	80
Ströbele (DIE GRÜNEN)	46, 47	Frau Will-Feld (CDU/CSU)	116, 117
Dr. Struck (SPD).	74, 75	Wimmer (Neuötting) (SPD)	110, 111
Stutzer (CDU/CSU)	114	Dr. de With (SPD)	120, 121
Tischer (DIE GRÜNEN).	31, 32	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	48, 49
Urbaniak (SPD)	92, 93	Frau Zeitler (DIE GRÜNEN)	61, 62

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	7
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	20
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	20

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

1. Abgeordnete
**Frau
Odendahl**
(SPD) Wann ist mit dem Abschluß des Finanzierungsvertrages mit dem Land Baden-Württemberg für den Ausbau der S-Bahn-Strecke Böblingen—Herrenberg zu rechnen?
2. Abgeordnete
**Frau
Odendahl**
(SPD) Kann mit den notwendigen Planungsarbeiten noch in diesem Jahr begonnen werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

3. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Bauentwicklung dieses Jahres, nachdem vom Bauindustrieverband Zweifel an der Prognose der Fünf Weisen – Stagnation statt Wachstum – angemeldet wurden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie und Gesundheit**

4. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN) Ist der Bundesregierung bekannt, ob bei LAV/HTLV III-Antikörpertests ein falsch positiver bzw. ein falsch negativer Befund möglich ist und wie hoch liegt die Anzahl dieser falschen Befunde nach bisheriger Kenntnis?
5. Abgeordneter
**Müller
(Wesseling)**
(CDU/CSU) Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung bisher aus der Stiftung „Mutter und Kind“ vor?
6. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Wie hoch schätzt die Bundesregierung auf Grund des derzeitigen jährlichen Durchschnitts von 2,3 Millionen Arbeitslosen und des drastischen Anstiegs der Anzahl der Sozialhilfeempfänger das Armutspotential in der Bundesrepublik Deutschland ein?
7. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Ist die Bundesregierung in dieser Situation bereit, die Mitte der siebziger Jahre vom damaligen rheinland-pfälzischen Sozialminister und jetzigen CDU-Generalsekretär Dr. Geißler begonnene „Bestandsaufnahme zur neuen Armut in Rheinland-Pfalz“ auf Bundesebene fortzuschreiben?
8. Abgeordnete
**Frau
Borgmann**
(DIE GRÜNEN) Wie hoch werden die längerfristigen Grenzwerte für die Cäsiumaktivität in Gemüse, Milch und Trinkwasser angesetzt werden?

9. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Mit wieviel zusätzlichen Krebstoten in der Bundesrepublik Deutschland und in Westeuropa rechnet die Bundesregierung innerhalb der nächsten 30 Jahre auf Grund der Auswirkungen des Unfalls von Tschernobyl und mit wieviel zusätzlichen Krebstoten ist zu rechnen, wenn die gesamte Bevölkerung mit der von der Strahlenschutzkommission als zumutbar erachteten Dosis von drei rem belastet wird?
10. Abgeordneter
Bueb
(DIE GRÜNEN)
- Über wie viele Meßeinrichtungen zur differenzierten Ermittlung der Aktivität verschiedener Isotope verfügen die Überwachungsbehörden, und werden sie in der Lage sein, eine länger andauernde, umfassende Kontrolle der Nahrungsmittel auch im Hinblick auf ihren Cäsiumgehalt zu gewährleisten, dessen Grenzwert längerfristig wesentlich tiefer angesetzt werden muß?
11. Abgeordneter
Bueb
(DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen sind für die Fleischproduktion und die Fischerei zu erwarten?
12. Abgeordnete
Frau Dann
(DIE GRÜNEN)
- Welche Untersuchungsergebnisse liegen vor zu der Anreicherung von den vorliegenden Isotopen in Pflanzen und Tieren und den daraus hergestellten Nahrungsmitteln, und wie will diese Bundesregierung diese Werte weiter überwachen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

13. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD)
- Wie haben sich die Marktanteile der Deutschen Bundespost an der Paketbeförderung seit 1975 entwickelt?
14. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD)
- Welche Änderungen sind im Dienstleistungsangebot seit 1975 im Paketdienst eingetreten, und welche Änderungen sind in der Planung (z. B. Abholung der Sendungen aus Geschäftsräumen, Abschaffung der Zustellgebühren)?
15. Abgeordneter
Bernrath
(SPD)
- Welche Möglichkeiten der Kooperation werden im Paketdienst der Deutschen Bundespost mit anderen Verkehrsträgern bzw. Dienstleistungsunternehmen (z. B. Speditionen, Deutsche Bundesbahn, Deutsche Lufthansa) derzeit genutzt, und welche sind in Vorbereitung bzw. Planung?
16. Abgeordneter
Bernrath
(SPD)
- Welche Kooperationsmodelle bestehen zur Zeit im Paketdienst der Deutschen Bundespost, und mit welchem Erfolg (Umsatz, Verkehrsmenge etc.) werden sie genutzt?

17. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD) Welche Laufzeitvorgaben bestehen bei der Deutschen Bundespost für die Zeit der Einlieferung der Pakete bis zur Zustellung, und wie hoch ist der Realisierungsgrad?
18. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD) Wie liegt die Deutsche Bundespost im Vergleich zur Konkurrenz privater Paketdienste bezüglich Laufzeiten, Transportschäden und Schadensregulierung?
19. Abgeordneter
Paterna
(SPD) Wie häufig hat der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Dr. Schwarz-Schilling, oder einer seiner Beauftragten mit dem früheren Springer-Journalisten und jetzt als Geschäftsführer für die Konservative Aktion vorgesehenen Herrn Siegerist Gespräche geführt, und was war von seinen Siegerists Ziel dieser Verhandlungen?
20. Abgeordneter
Paterna
(SPD) Welche Aufträge nach Art und Umfang sind Herrn Siegerist bzw. einer von ihm geleiteten Werbefirma fest zugesagt oder zumindest in Aussicht gestellt worden, und wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen solcher Geschäftsbeziehungen auf das Ansehen der Deutschen Bundespost in der Öffentlichkeit?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

21. Abgeordneter
Vosen
(SPD) Welche Kernkraftwerke oder Forschungsreaktoren in der Bundesrepublik Deutschland sind in der technischen Grundauslegung mit dem verunglückten Reaktor in Tschernobyl/UdSSR vergleichbar?
22. Abgeordneter
Vosen
(SPD) Welche Erkenntnisse haben die Bundesregierung zu der Auffassung gelangen lassen, daß ein vergleichbarer Unfall wie in Tschernobyl für die Bundesrepublik Deutschland auszuschließen ist?
23. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Welche Sicherheitsuntersuchungen und/oder -studien sind im Zusammenhang mit dem Bau und Betrieb des Thorium-Hochtemperatur-Reaktors (THTR 300) in Uentrop/Schmehausen bezüglich der Graphit-Ummantelungen seiner Brennelemente gemacht worden?
24. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Welche Unterlagen haben zum Problem der Graphit-Ummantelungen der Brennelemente des THTR 300 im Genehmigungsverfahren eine Rolle gespielt?

25. Abgeordneter
Hansen
(Hamburg)
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um das Forschungsprogramm „Reaktorsicherheit“ auf diesem Gebiet zu intensivieren?
26. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, was die Gewerkschaftszeitung „Metall“ Nr. 9 in ihrer jüngsten Ausgabe vom 2. Mai 1986 auf Berufung eines NASA-Informationsberichts im US-amerikanischen Wochenmagazin „The Nation“ berichtet, wonach bei dem im Mai 1986 ursprünglich geplanten Flug der Challenger-Raumfähre bei dem „Projekt Galileo“ eine plutoniumbetriebene Rakete transportiert werden sollte, und wie bewertet die Bundesregierung die Sicherheit vor dem Hintergrund der jüngsten amerikanischen Weltraumraketenunfälle?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

27. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Treffen Informationen aus verschiedenen Bereichen der Arbeitsverwaltung zu, wonach der Bedarf an Ausbildungsplätzen im Rahmen des Programms zur „Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher“ im Ausbildungsjahr 1986/87 höher sein wird als zur Zeit und deshalb der Haushaltsansatz 1987 wesentlich erhöht werden müßte?
28. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die finanzielle Seite der beiden Förderungsmaßnahmen Benachteiligtenprogramm und § 40 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) zu verzahnen, und hat es Bemühungen in dieser Richtung – etwa im Zusammenhang mit der 7. AFG-Novelle – gegeben?
29. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Welche Widerstände müssen ausgeräumt werden, um durch gesetzliche Verzahnung finanziell und inhaltlich eine bessere Planbarkeit von Berufsvorbereitungsmaßnahmen und Maßnahmen des Benachteiligtenprogramms zu erreichen und darüber hinaus die Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen langfristig zu sichern?
30. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Wie viele Ausbildungsplätze stellen die verschiedenen Bundesbehörden in den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberpfalz zur Zeit zur Verfügung bzw. beabsichtigen sie zum Schuljahresanfang 1986/87 zu schaffen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

31. Abgeordneter
Tischer
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob Familienangehörige von in der DDR inhaftierten Mitarbeitern/innen des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) oder des Bundesnachrichtendienstes (BND) in finanziellen Notlagen während der Inhaftierungszeit Unterstützungsgelder erhalten, die zur Absicherung der finanziellen Verhältnisse der betroffenen Familienmitglieder des/der Inhaftierten verwendet werden können, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um in Zukunft betroffenen Familienangehörigen von im Ausland inhaftierten Mitarbeitern/innen des MAD und des BND finanziell abzusichern, wenn durch die Inhaftierung der Verdienst des Alleinverdieners ausfällt?
32. Abgeordneter
Tischer
(DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung das Schicksal der Familie des aus Beimerstetten (Alb-Donau-Kreis) stammenden und in Bautzen (DDR) inhaftierten Taxiunternehmers Hermann Reisch und die Tatsache, daß dessen Familie trotz existenzieller Notlage durch die Inhaftierung des Hauptverdieners auch nicht einen Pfennig Unterstützung von der verantwortlichen Behörde erhält, sondern diese Familie auf das Almosen Sozialhilfe verwiesen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

33. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung Partnerschaftsbeziehungen zwischen deutschen und arabischen Universitäten in den Golfstaaten für ausbaufähig und ausbauwürdig, und falls ja, was gedenkt sie zur Vertiefung zu tun?
34. Abgeordneter
Vogel
(München)
(DIE GRÜNEN)
- Sind der Bundesregierung die angeblich zuverlässigen Informationen der Bayreuther Tageszeitung und des Wochenspiegels vom 5. Mai 1986 bekannt, nach denen der paraguayische Diktator Stroessner beabsichtigen soll, seinen Lebensabend in Bayern zu verbringen, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Sachverhalt?
35. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Regierung von Thailand die Flüchtlinge aus Kambodscha nicht als Flüchtlinge anerkennt, sondern lediglich als „displaced persons“ und als illegal charakterisiert, und könnte diese Einstellung der von der Bundesregierung gewährten und jetzt erhöhten Hilfe für die Flüchtlinge aus Kambodscha abträglich sein?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

36. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten von Paßämtern, die auf Grund polnischer Forderungen bezüglich der Geburtsorte der Deutschen in Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße neue Pässe mit falschen Ortsangaben wie 1920 nicht in Breslau, sondern in Wroclaw geboren ausstellen und damit Urkundenfälschung begehen?
37. Abgeordneter
Kolbow
(SPD)
- Trifft es zu, daß ein vom Umweltbundesamt zugesagter Zuschuß in Höhe von 30 000 DM für den deutschen Umwelttag vom 6. bis 8. Juni 1986 in Würzburg gestrichen worden ist, und wenn ja, welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, diese Unterstützung zu streichen?
38. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Unter Hinweis auf meine entsprechende Frage in der Fragestunde am 28. Februar/1. März 1985 (Plenarprotokoll 10/124 S. 9197) und der in der öffentlichen Diskussion fortschreitenden Forderung nach gesetzlichen Regelungen, Stichwort: Waffenschein für Hundehalter, möchte ich heute fragen, ob die Bundesregierung weiterhin der Meinung ist, daß eine Regelung des Problems in die Zuständigkeit der Länder fällt, oder ob sie nicht selbst tätig werden muß?
39. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung derzeit eine Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes vorbereitet, der zufolge eine Gefährdung der öffentlichen Gesundheit – und damit ein Ausweisungsgrund – stets auch dann vorliegen soll, wenn der Ausländer Träger einer LAV/HTLV-III-Infektion ist?
40. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Entspricht der Sicherheitsstandard der Kernkraftwerke in unseren europäischen Nachbarländern den strengen Anforderungen für Kernreaktoren in der Bundesrepublik Deutschland, und ist die Bundesregierung erforderlichenfalls bereit, auf eine Vereinbarung zu drängen, daß bei allen Reaktoranlagen die bestmöglichen Sicherheitsvorkehrungen eingebaut und überwacht werden?
41. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die unzureichende Meßorganisation für ionisierende Strahlen erheblich ausgeweitet und flächendeckend organisiert werden muß, und was wird sie unternehmen, um dieses Ziel eventuell gemeinsam mit den Bundesländern zu erreichen?

42. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Welche bi- und multilateralen Vereinbarungen und Kooperationsformen treten im Normalbetrieb sowie im Störfall – im Unterschied zum Fall des sowjetischen Unglücksreaktors Tschernobyl – in bezug auf den französischen Kernkraftwerkskomplex Cattenom in Kraft, und bei welchen konkreten Immissionswerten wird von den zuständigen Behörden aus interveniert?
43. Abgeordneter
Vogel
(München)
(DIE GRÜNEN)
- Welche Grenzwerte gibt es in den USA für radioaktive Verseuchung, und sind nach Meinung der Bundesregierung Auswirkungen auf den Export bundesdeutscher Waren zu erwarten?
44. Abgeordneter
Schulte
(Menden)
(DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Belastungen des Bodens durch Cs 137, Sr 90, J 131, J 129, Pu 239 ist in den nächsten drei Monaten, im nächsten Jahr, in den nächsten zehn Jahren zu rechnen?
45. Abgeordneter
Schulte
(Menden)
(DIE GRÜNEN)
- Welche Strahlenbelastung ergibt sich daraus für Kinder durch die Aufnahme von Nahrung aus den am stärksten verseuchten Gebieten, welche landwirtschaftlichen Erzeugnisse nehmen in besonderem Maße Jod, Cäsium oder Strontium aus dem Boden auf, ab welchen Werten der Bodenbelastung müßte ein längerfristiges Anbauverbot für bestimmte Produkte ins Auge gefaßt werden?
46. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß die Strahlenschutzkommission in der ausdrücklichen Absicht, die Bevölkerung zu beschwichtigen und die wirtschaftlichen Folgen eng zu begrenzen, für die Folgen von Tschernobyl eine Strahlenbelastung für zumutbar erklärt, die mehr als dreißigmal so groß ist wie der Grenzwert für die Belastung aus dem Normalbetrieb von bundesdeutschen Kernkraftwerken?
47. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß die Bevölkerung unnötig hohen Strahlenbelastungen ausgesetzt wurde, weil erhöhte Strahlungspegel im allgemeinen erst mit einem Tag Verspätung bekanntgegeben wurden?
48. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Welche bilateralen oder multilateralen Abkommen, Verträge oder sonstigen Regelungen bestehen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen europäischen Staaten über die Unterrichtung, gegenseitige Hilfeleistung, Schadensbegrenzung und Schadenshaftung bei Störfällen in kerntechnischen Anlagen in diesen Ländern mit Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland?
49. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um zu umfassenden internationalen Vereinbarungen auf diesem Gebiet zu kommen?

50. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Welche allgemein verbindlichen Sicherheitsstandards und -kontrollen sind von den Mitgliedstaaten der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien auf dem Gebiet des Baues und Betriebs von kerntechnischen Anlagen vereinbart worden, und gibt es außerhalb der IAEO solche bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen?
51. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um zu umfassenden internationalen Vereinbarungen – zumindest im europäischen Rahmen – auf diesem Gebiet zu kommen?
52. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung auf Grund des Unfalls in dem Kernkraftwerk Tschernobyl/UdSSR zum Schutz der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland getroffen bzw. gedenkt sie noch zu treffen?
53. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung auf Grund des Unfalls in dem Kernkraftwerk Tschernobyl/UdSSR unternehmen, um die derzeitige Sicherheitssituation der in der Bundesrepublik Deutschland im Bau oder in Betrieb befindlichen kerntechnischen Anlagen zu verifizieren oder zu verbessern?
54. Abgeordneter
Hansen
(Hamburg)
(SPD)
- Welche Untersuchungen liegen der Bundesregierung zum Kernschmelzen von Kernkraftwerken vor, und welche neuen Untersuchungen auf diesem Gebiet plant die Bundesregierung aus Anlaß des Unfalls im Kernkraftwerk Tschernobyl/UdSSR?
55. Abgeordnete
Frau
Eid
(DIE GRÜNEN)
- Würden die Behörden im Falle einer Atomkatastrophe z. B. in Biblis die Bevölkerung unmittelbar nach Erhalt der Meldung vollumfänglich informieren, auch wenn eine eigentlich notwendige Evakuierung der Ballungsgebiete im Chaos zu enden droht?
56. Abgeordnete
Frau
Dann
(DIE GRÜNEN)
- Welche akuten Schäden bei Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen sind bei den derzeitigen Belastungen von Luft, Boden und Wasser zu erwarten, und auf welche Untersuchungsergebnisse stützen sich diese Vorhersagen?
57. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN)
- Welche Untersuchungsergebnisse liegen vor über die Verteilung der verschiedenen Radioisotope in der Biosphäre zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wie ändert sich diese Verteilung in den kommenden Wochen, Monaten und Jahren?

58. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN) Welche Erkenntnisse gibt es über die Aufnahme jedes einzelnen Isotops von Mikroorganismen, von Pflanzen und Tieren aus Boden, Luft und Wasser, und welche laufenden Untersuchungen werden jetzt eingeleitet?
59. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN) Welche Bestandteile hat auf Grund der bisherigen Messungen die durch den Reaktorunfall von Tschernobyl ausgelöste Radioaktivitätswolke?
60. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN) In welchem Umfang wurde bisher Plutonium, Strontium und Cäsium gemessen, und reichen die gegenwärtigen Meßkapazitäten aus, um die Belastung von Luft, Boden und Wasser mit diesen Nukliden zu erfassen?
61. Abgeordnete
**Frau
Zeitler**
(DIE GRÜNEN) Gibt es für einzelne Isotope Daten über die Erhöhung der Mutationsrate bei Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen durch die derzeit gemessenen Radioaktivitätswerte, und wenn ja, wie hoch ist diese Erhöhung?
62. Abgeordnete
**Frau
Zeitler**
(DIE GRÜNEN) Welche Auswirkungen einer erhöhten Mutationsrate auf die Morphologie und den Stoffwechsel der Organismen sind bekannt innerhalb einer Generation bzw. nach mehreren Generationen?
63. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Wie hoch war die natürliche Strahlenbelastung auf Sandspielplätzen für Kinder vor dem GAU in Tschernobyl, und bei welchen Meßwerten empfiehlt die Bundesregierung, im Hinblick auf die Langzeitgefährdung der Kinder, den Sand auszutauschen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

64. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Teilt die Bundesregierung die von Mitarbeitern des Bundesverfassungsgerichts vertretene Auffassung (Hund, in Festschrift für Nagelmann 1984), daß die „unter der Oberfläche“ bestehenden Gegensätze aus dem Nord-Süd-Konflikt des Bundesgebiets bewußter als bisher verfassungspolitisch aufgearbeitet werden müssen?
65. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung (Mierscheid, Bonn 1986), daß die Neutralitätsforderung an den Bund in diesem Zusammenhang nicht als Aufforderung zur Tatenlosigkeit interpretiert werden kann?
66. Abgeordneter
**Dr. Meyer
zu Bentrup**
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, für die Schäden, die durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in der Bundesrepublik Deutschland entstanden sind, Schadensersatz von der Sowjetunion einzufordern?

67. Abgeordneter
Dr. Schierholz
(DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse über die Verursachung des Bombenanschlags auf das Bundesamt für den Zivildienst am 12. März 1978 liegen der Bundesregierung bzw. den ermittelten Behörden mittlerweile vor?
68. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Wie haftet für die infolge der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl aufgetretenen Schäden durch atomare Verseuchung (z. B. bei Lebensmitteln wie Milch, Blattgemüse usw.), und gedenkt die Bundesregierung, die Sowetunion in Regreß zu nehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

69. Abgeordneter
Klose
(SPD)
- Plant die Bundesregierung, für die nächste Legislaturperiode eine zusätzliche Steuer auf Bier, Wein und Schnaps sowie einen „Gesundheitspfennig“ auf Zigaretten zu erheben (vgl. entsprechende Forderung vom Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes Dr. Schäuble in der BILD-Zeitung vom 22. Februar 1986)?
70. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung ein offenes Bekenntnis zu der von ihr beabsichtigten und von Bundesminister Dr. Bangemann sowie der CSU ausdrücklich geforderten Senkung des Einkommensteuer-Spitzensteuersatzes deshalb unterläßt, weil CDU-Generalsekretär Dr. Geißler vor der Bundestagswahl eine Diskussion hierüber verhindern will?
71. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Babsichtigt die Bundesregierung, die für die neunziger Jahre geplante große Steuerreform z. T. durch eine Erhöhung der indirekten Steuern (z. B. Umsatzsteuer, Mineralölsteuer, Branntweinsteuer, Biersteuer, Tabaksteuer) zu finanzieren?
72. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Steuerausfälle bei Senkung des Einkommensteuer-Spitzensteuersatzes von 56 v. H. auf 52 v. H. bzw. 49 v. H. (diese Steuersätze wurden von Bundesminister Dr. Stoltenberg in dem in der Süddeutschen Zeitung vom 19./20. April 1986 veröffentlichten Interview genannt), wenn die Senkung auf 55 v. H. zu einem Steuerausfall von rund 300 Millionen DM führen würde (vgl. Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Voss, Plenarprotokoll 10/210 S. 16100), und wie hoch ist die Zahl der davon Begünstigten?

73. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Hält die Bundesregierung zur Vollendung des EG-Binnenmarktes eine Harmonisierung der indirekten Steuern für erforderlich und geht sie davon aus, daß dies ohne eine Anhebung des inländischen Umsatzsteuersatzes von derzeit 14 v. H. möglich sein wird?
74. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD)
- Handelt es sich bei der Regelung in § 23 Abs. 5 Körperschaftsteuergesetz, wonach die Körperschaftsteuer entsprechend zu ermäßigen oder zu erhöhen ist, wenn die Einkommensteuer auf Grund der Ermächtigung des § 51 Abs. 3 Einkommensteuergesetz herabgesetzt oder erhöht wird, um einen gesetzlichen Automatismus zur Wahrung gleicher Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer?
75. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD)
- Würde es der Politik der Bundesregierung nicht widersprechen, Einzelunternehmen und Personengesellschaften, an denen natürliche Personen beteiligt sind, steuerlich höher zu belasten als Kapitalgesellschaften?
76. Abgeordneter
Schlatter
(SPD)
- Geht die Bundesregierung davon aus, daß bei einer Erhöhung des Grundfreibetrags auch das Ende der unteren Proportionalzone hinausgeschoben werden muß, oder hält sie – wie bereits beim Steuersenkungsgesetz 1986/88 – eine weitere Verkürzung der Spanne der unteren Proportionalzone für sinnvoll?
77. Abgeordneter
Schlatter
(SPD)
- Bedeutet die Ausführungen von Bundesminister Dr. Stoltenberg in der Süddeutschen Zeitung vom 19./20. April 1986, wonach über eine „begrenzte Korrektur bei den indirekten Steuern“ im Zusammenhang mit der Finanzierung der für die nächste Legislaturperiode geplanten Steuerreform entschieden werden muß, daß allen Plänen, die vollständige oder teilweise Abschaffung der Gewerbesteuer durch eine Anhebung der Umsatzsteuer zu finanzieren, eine Absage erteilt wird?
78. Abgeordneter
Poß
(SPD)
- Was sind die Gründe dafür, daß die von der Bundesregierung für die nächste Legislaturperiode geplante Steuersenkung nur ein Volumen von netto 20 Milliarden DM bis 25 Milliarden DM haben soll, während sich nach der von Bundesminister Dr. Stoltenberg vorgelegten Studie (Heft 36 der Schriftenreihe des Bundesministeriums der Finanzen) bereits für 1992 ohne Berücksichtigung der sogenannten heimlichen Steuererhöhungen ein Steuersenkungsspielraum von ca. 30 Milliarden DM ergibt?
79. Abgeordneter
Poß
(SPD)
- Geht die von der Bundesregierung für die nächste Legislaturperiode geplante große Steuerreform mit einem Netto-Volumen von 20 Milliarden DM bis 25 Milliarden DM über die Rückga-

- be der von Jahr zu Jahr eintretenden sogenannten heimlichen Steuererhöhungen hinaus, und wird diese Steuerreform zu einer Absenkung der Steuerquote führen?
80. Abgeordneter
Dr. Wiczorek
(SPD)
- Ist die Bundesregierung weiterhin der von dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Häfele, im Deutschen Bundestag am 12. Dezember 1985 geäußerten Auffassung, daß eine gerechtere Erfassung der Kapitalerträge und auch sein persönlicher Vorschlag nach einer Anhebung des Sparerfreibetrags in das Vorhaben einer umfassenden Steuerreform in der nächsten Legislaturperiode eingebunden werden muß?
81. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen der für die nächste Legislaturperiode geplanten großen Steuerreform eine Anhebung der Kinderfreibeträge und des Kindergeldes, und welcher Anteil des mit 45 Milliarden DM angegebenen Brutto-Entlastungsvolumens wird hierauf entfallen?
82. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)
- In welcher Höhe würde ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern und einem Brutto-Arbeitslohn von 50 000 DM durch die Einführung des sogenannten linear-progressiven Tarifs entlastet werden?
83. Abgeordnete
Frau
Matthäus-Maier
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, bei einer Senkung des Körperschaftsteuersatzes, die nach den Ausführungen des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 17. April 1986 (Plenarprotokoll 10/210 S. 16099) beabsichtigt ist, nur den Regelsteuersatz für Kapitalgesellschaften oder auch den Ausschüttungssteuersatz, den Steuersatz für sonstige Körperschaften und den speziellen Steuersatz für das Zweite Deutsche Fernsehen zu senken?
84. Abgeordnete
Frau
Matthäus-Maier
(SPD)
- Wie verändert sich der maximale Splitting-Vorteil für Verheiratete, der derzeit 16 433 DM beträgt, bei der vom Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Voss mit 26,3 Milliarden DM Steuerausfall angegebenen Linearisierung der Progressionszone?
85. Abgeordneter
Westphal
(SPD)
- Hält die Bundesregierung an den Ausführungen von Bundesminister Dr. Stoltenberg im Deutschen Bundestag am 11. September 1985 fest, daß ein linearer Abbau von Subventionen nicht in Betracht kommt, und kann die Bundesregierung ausschließen, daß die für die nächste Legislaturperiode geplante große Steuerreform zum Teil durch einen linearen Subventionsabbau finanziert wird?

86. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) Auf welche Höhe und für welches Jahr plant die Bundesregierung die vom Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Voss, im Deutschen Bundestag am 17. April 1986 angekündigte Senkung des Körperschaftsteuersatzes?
87. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) Kann die Bundesregierung ausschließen, daß sie im Rahmen der für die nächste Legislaturperiode geplanten großen Steuerreform die Steuerfreiheit der Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit abschaffen wird?
88. Abgeordneter
Dr. Mertens
(**Bottrop**)
(SPD) Kann die Bundesregierung ausschließen, daß sie bei der für die nächste Legislaturperiode geplanten großen Steuerreform den Arbeitnehmerfreibetrag und den Weihnachtsfreibetrag abschaffen wird (vgl. entsprechende Forderungen des schleswig-holsteinischen Finanzministers Asmussen im Handelsblatt vom 3. April 1986)?
89. Abgeordneter
Dr. Weng
(**Gerlingen**)
(FDP) Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, wonach die Deutsche Bundesbank im Jahr 1986 den an den Bundeshaushalt überwiesenen Gewinn nicht konsequent nach tatsächlichem Anfall, sondern in erheblicher Höhe aus Rückstellungen entnehmen wird?
90. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung – gegebenenfalls in Abstimmung mit der schleswig-holsteinischen Landesregierung – die Arbeitsplätze bei der im öffentlichen Eigentum befindlichen Kieler Großwerft HDW über die Termine der bevorstehenden Bundes- und Landtagswahlen hinaus sichern, und ist die Bundesregierung zu der verbindlichen Erklärung bereit, daß der Verkauf oder die Überlassung an einen privaten Erwerber ausgeschlossen ist?
91. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist es zutreffend, daß sich die finanzielle Lage der Großwerft HDW in Kiel u. a. dadurch verschlechtert hat, daß die peruanische Regierung sich geweigert hat, eine ausstehende Restzahlung aus einem Waffengeschäft in Höhe von 64 Millionen DM zu begleichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

92. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD) Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Zahlung von 4 Milliarden DM, die die französische Regierung den staatlichen Stahlkonzernen Usinor und Salicor in Form von Kapitalerhöhungen im Jahre 1986 zukommen läßt, gegen den Subventionskodex verstößt, und welche Schritte will sie dagegen unternehmen?

93. Abgeordneter
Urbanik
(SPD) Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß durch das Handeln der französischen Regierungen ein neuer Subventionswettbewerb in der EG zu befürchten ist?
94. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Welche Informationen hat die Bundesregierung über Fusionspläne der Schmiedewerke Krupp-Klöckner GmbH mit dem Thyssen Schmiedebereich Hattingen, und liegen bereits Anträge oder Voranfragen für die Gewährung von staatlichen Finanzhilfen für eine geplante Fusion vor?
95. Abgeordneter
Reschke
(SPD) Liegen nach Ansicht der Bundesregierung die kartellrechtlichen Voraussetzungen für eine derartige Fusion vor, und ist ihr bekannt, ob die beteiligten Unternehmen bereits die entsprechenden Anträge beim Bundeskartellamt gestellt haben?
96. Abgeordneter
Verheugen
(SPD) In welcher Größenordnung hat die Bundesregierung in den Jahren 1984 und 1985 Genehmigungen für den Export von Waren nach Südafrika erteilt, die unter die Abschnitte A, B und C der Ausfuhrliste, Teil I, fallen?
97. Abgeordneter
Verheugen
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß südafrikanische Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen die Apartheidpolitik durch Spenden an die regierende Nationale Partei Südafrikas unterstützen, und wie beurteilt die Bundesregierung dieses Verhalten?
98. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Welche energierechtlichen und -politischen sowie umweltrechtlichen und -politischen Auswirkungen ergeben sich für die Bundesrepublik Deutschland, für den deutschen Kohlebergbau und insbesondere für die grenznahe deutsche Bevölkerung zu Frankreich durch die Beteiligung eines deutschen Unternehmens am französischen Kernkraftwerkskomplex Cattenom, wie sie jetzt von der Bayer AG angestrebt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

99. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP) Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, die immer wieder darauf hinweisen, daß eine Firma in Frankfurt am Main bei der Verarbeitung von Tierprodukten, die unter Bruch des Washingtoner Artenschutzabkommens oder unter Umgehung einschlägiger Vorschriften in die Bundesrepublik Deutschland gebracht werden, eine herausragende Rolle spielt, und was tut die Bundesregierung in der augenblicklichen konkreten Situation (nach Handelspapieren Import von ca. 5 900 Ozelot-Fellen Ursprungsland Bolivien, tatsächlich 8 138 Felle aus Brasilien), um für Abhilfe Sorge zu tragen?

100. Abgeordneter
von Hammerstein
(CDU/CSU)
- Können zur Zeit landwirtschaftliche Betriebe, die eine Milchmenge gekauft bzw. eine zusätzliche Referenzmenge aus dem Existenzsicherungsprogramm bekommen haben, einzelbetrieblich gefördert werden?
101. Abgeordneter
von Hammerstein
(CDU/CSU)
- Kann man davon ausgehen, daß das Bundesnaturschutzgesetz in § 1 nicht geändert wird, oder ist es nicht auszuschließen, daß das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten jetzt und damit längerfristig bewußt und stillschweigend die Einführung der Verbandsklage und die Abschaffung der Landwirtschaftsklausel vorbereitet?
102. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, welche Verluste bei Landwirten und Gärtnern bisher dadurch aufgetreten sind, daß Produkte nicht abgesetzt werden konnten wegen Belastung durch den sowjetischen Reaktorunfall und Verunsicherung der Verbraucher?
103. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, wirtschaftliche Verluste der Betroffenen auszugleichen, die durch die erhöhte Strahlenbelastung entstanden sind?
104. Abgeordneter
Jäger (Wangen)
(CDU/CSU)
- Bei welchen Agrarerzeugnissen, die mit den Erzeugnissen deutscher Bauern im Wettbewerb stehen, wird sich die Bundesregierung in den zuständigen Gremien der EG um die Beschränkung von Drittlanderimporten bemühen, und bei welchen Produkten sieht sie Chancen für eine durchgreifende Verminderung der Drittlanderimporte?
105. Abgeordneter
Jäger (Wangen)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Flächenstillegungen zum Zweck der preisstützenden Beschränkung des Überangebots an Agrarerzeugnissen in den EG-Mitgliedsländern den europäischen und vor allem den deutschen Bauern nur zuzumuten sind, wenn zuvor eine deutliche und marktwirksame Beschränkung des Imports aus Drittländern bei solchen Produkten erfolgt ist, die unserer Landwirtschaft Konkurrenz machen?
106. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Können die deutschen Landwirte damit rechnen, für die Einkommensverluste, die ihnen wegen des Kernreaktorunglücks in Tschernobyl entstanden sind, vom Staat entschädigt zu werden, und bestehen irgendwelche internationale Regelungen, die es ermöglichen, den Verursacher, in diesem Fall die Sowjetunion, für die eingetretenen Schäden haftbar zu machen?

107. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um den von der radioaktiven Belastung der Umwelt auf Grund des Reaktorunfalls in Tschernobyl Landwirten und Händlern Hilfestellung bei der Feststellung des Verseuchungsgrades von Freilandgemüse sowie der eventuellen Ausgabe von Unbedenklichkeitsbescheinigungen zu geben, und welche Hilfsmaßnahmen, auch finanzieller Art, wird die Bundesregierung für die betroffenen Landwirte und Händler insgesamt ergreifen?
108. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Einfuhr von verseuchtem Freilandgemüse aus EG-Ländern zu verhindern, und wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß in Italien der Verkauf von Freilandgemüse für 15 Tage verboten wurde, auf Märkten in Süddeutschland aber eben dieses aus Italien importierte Gemüse in verstärktem Umfang zum Kauf angeboten wird?
109. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den infolge des Reaktorunfalls von Tschernobyl entstandenen wirtschaftlichen Schaden für die deutsche Landwirtschaft, und ist die Bundesregierung bereit, die Entschädigung der besonders betroffenen Gemüsebauern, z. B. in der Pfalz, deren Ernten aus Gründen der Gesundheitsvorsorge zur Zeit nicht in den Handel gebracht werden dürfen, zu prüfen und gegebenenfalls beim Verursacher, der Sowjetunion, einzufordern?
110. Abgeordneter
Wimmer
(Neuötting)
(SPD)
- Welche Strahlenbelastung ergibt sich bei der derzeitigen hohen Kontamination des Bodens für einen Landwirt, der Bodenbearbeitungsmaßnahmen durchführt, und welche diesbezüglichen Empfehlungen gibt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten dazu?
111. Abgeordneter
Wimmer
(Neuötting)
(SPD)
- Welche Pläne bestehen im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hinsichtlich einer möglichen Umorganisation der Landwirtschaft nach schweren atomaren Störfällen?
112. Abgeordnete
Frau Borgmann
(DIE GRÜNEN)
- Wie groß werden die wirtschaftlichen Einbußen der Landwirtschaft bei den bisher bekannten Bodenbelastungen und bei den bisher angewendeten Grenzwerten in etwa sein, wie groß wären diese Ausfälle, wenn die Grenzwerte auf 1/30 herabgesetzt würden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

113. Abgeordneter
Kastning
(SPD) Trifft es zu, daß finanzielle Mittel nach § 40 Arbeitsförderungsgesetz in größerem Maße zur Verfügung stehen, als sie für Maßnahmen zur Berufsvorbereitung wirklich benötigt werden, und dadurch die Gefahr besteht, daß Jugendliche in der „Warteschleife“ Berufsvorbereitung verbleiben, statt in eine geförderte Berufsausbildung gelangen zu können?
114. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Inwieweit wird die Bundesanstalt für Arbeit die Arbeitsplatzoffensive der schleswig-holsteinischen Landesregierung unterstützen?
115. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Studenten die studentische Krankenversicherung mißbräuchlich benutzen, und wenn ja, wie hoch ist die Zahl dieser Fälle?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

116. Abgeordnete
Frau
Will-Feld
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß in der beabsichtigten Schutzbereichsanordnung um die NATO-Verteidigungsanlage bei Hasselbach die Festsetzung eines blau begrenzten Schutzbereichs aus der Anordnung von 1974 entfällt, und kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, warum die rot und grün umgrenzten Gebiete der Schutzbereichsanordnung für die ehemalige NIKE-Stellung weitergefaßt waren als die neuen Festsetzungen für die NATO-Verteidigungsanlage bei Hasselbach?
117. Abgeordnete
Frau
Will-Feld
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Schutzbereichsanordnung um die NATO-Verteidigungsanlage bei Hasselbach der orange Schutzbereich erweitert worden ist, der in der Anordnung von 1974 nicht enthalten war, und kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, warum der grün gekennzeichnete Schutzbereich der NATO-Verteidigungsanlage bei Hasselbach im Vergleich zur Anordnung von 1974 verkleinert und in seiner Ausdehnung in südöstliche Richtung verschoben wurde?
118. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Da die Bundesregierung per Erlaß geregelt hat, daß Wehrpflichtige, die dem Wehrdienst fernbleiben, ihn eigenmächtig verlassen haben oder sich weigern, ihren Dienst zu verrichten – auch wenn sie deswegen zu Freiheitsstrafen, Strafhaft oder Jugendstrafe verurteilt worden sind –, nicht nach § 29 Abs. 1, Nr. 6 oder Abs. 4 Nr. 2 WPfLG entlassen werden, sofern die Verurteilung insgesamt weniger als ein Jahr beträgt, frage ich die Bundesregierung, ob sie davon ausgeht, daß

- es sinnvoll ist, einen Wehrpflichtigen erst dann zu entlassen, wenn auf er Grund der Wiederholung mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mehr verurteilt ist?
119. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Fragen der wiederholten Verurteilung und die damit verbundene Problematik, Wehrpflicht zu leisten oder das Recht auf Kriegsdienstverweigerung geltend zu machen, in erster Linie politisch zu lösen sind und nicht, wie geschehen, per Erlaß, so daß die ordentliche Gerichtsbarkeit durch die unausweichliche, wiederholte Verurteilung bei gleicher Fall-Lage sich als disziplinierende Instanz eingeplant fühlen muß?
120. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Hält die Bundesregierung Äußerungen von Ausbildern der Bundeswehr gegenüber Rekruten, wie z. B.: „Wer beim Marschieren zusammenklappt, wird liegengelassen. Fallobst hebt man schließlich auch nicht auf.“, für vereinbar mit den Grundsätzen der inneren Führung?
121. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat der Bundesminister der Verteidigung ergriffen, um entsprechende diffamierende Äußerungen von Ausbildern gegenüber Rekruten zu unterbinden?
122. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, dem Hauptabteilungsleiter Rüstung Rechtsschutz in dessen Bemühungen zu gewähren, um gegen Veröffentlichungen vorzugehen, in denen der Hauptabteilungsleiter Rüstung mit Straftaten in Verbindung gebracht wird, und wenn ja, welche Gründe sind hierbei für die Bundesregierung maßgebend?
123. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß sich der Hauptabteilungsleiter Rüstung darum bemüht, einstweilige Verfügungen ausschließlich gegen Publikationsorgane zu erwirken, die nicht oder kaum in der Lage sind, die angedrohten 500 000 DM Ordnungsgeld aufzubringen, während Rundfunkanstalten, die gleiches behaupten, unbehelligt bleiben, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den Umstand, daß nun eine weitere ARD-Rundfunkanstalt einen weiteren vergleichbaren Rundfunkbeitrag aussenden will?
124. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Kann die Bundesregierung eindeutig dementieren, daß im Zusammenhang mit der Bombardierung libyscher Städte durch US-amerikanische Bombenflugzeuge erhöhte Alarmbereitschaft bei den US-amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik Deutschland befohlen war einschließlich der Raketentruppenteile an den drei Pershing II a-Standorten?

Bonn, den 9. Mai 1986

